



Niederschrift 48. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.04.2008
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:15 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	anwesend ab 17:50 Uht (TOP 6)
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	
Frau Basekow, Angela		
Frau Eiserbeck, Edeltraud	CDU	
Frau Frehse-Sevran, Frauke		Vertretung für Herrn Dr. Henrich
Herr Harder, Dirk		
Herr Liebe, Thomas		
Frau Parthum, Ute		anwesend ab 16:50 Uhr (TOP 3)
Herr Wernick-Otto, Frank	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Schweers, Norbert		
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	
Frau Scheuerer, Sabina		

Nicht anwesend sind:

Herr Voehse, Gregor	Die Andere	nicht anwesend
Herr Dr. Henrich, Lutz		entschuldigt
Herr Lehmann, Carsten		entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 27.03.2008
- 2 Mitteilungen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse und AG´s nach § 78 SGB VIII

- 4 Verständigung zum Umgang mit dem Jugendkonzept der PAGA
- 5 Sachstandsbericht "Fluchtpunkt"
- 6 Konzept zur aufsuchenden Sozialarbeit
Vorlage: 08/SVV/0323
Fraktion SPD
- 7 Beschulung in der Grundschule 2 "Ludwig Renn"
Vorlage: 08/SVV/0324
Fraktion SPD
- 8 Förderung des Projektes "Begleitung und sozialpädagogische Unterstützung von Kindern mit familiären Gewalterfahrungen"
Vorlage: 08/SVV/0375
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 9 Pauschale Zuwendung - Kinderschutzarbeit STIBB e.V.
Vorlage: 08/SVV/0374
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 10 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 in der Reihenfolge der Beratung zu tauschen, da Frau Ewers um 19:00 Uhr in den Ortsbeirat Eiche muss.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem Vorschlag zur Änderung der Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte 6 und 7 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 **Bestätigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 27.03.2008**

Herr Wernick-Otto bittet um Berichtigung im Tagesordnungspunkt 11 „Sonstiges“. Manne e.V. soll sich nicht im September, sondern Juni 2008 im Jugendhilfeausschuss vorstellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem korrigierten Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen des Jugendamtes**

Jugendschöffen

Herr Schweers informiert, dass noch immer Haupt- und Hilfsschöffen für die Jugendgerichtsbarkeit benötigt werden. Bisher sind statt der 138 benötigten Bewerbungen erst 105 beim Jugendamt eingegangen. Er bittet die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für dieses Ehrenamt zu werben, da noch bis zum 09.05.2008 Bewerbungen beim Jugendamt eingereicht werden können.

Ferienpass

Herr Schweers informiert, dass der Ferienpass 2008 wie gewohnt durch die Verwaltung erstellt wird. Ab 2009 soll dies an einen freien Träger oder einen Trägerverbund vergeben werden.

Frau Schulze fragt nach der Finanzierung.

Herr Schweers erklärt, dass die Finanzierung mit dem bisherigen Anteil der Stadt erfolgen wird.

Frau Drohla fragt nach den Gründen, aus denen die Stadt die Erstellung des Ferienpasses an freie Träger gibt.

Herr Schweers erklärt, dass durch eine Trägervielfalt mehr Möglichkeiten der Durchführung bestehen und Spenden und Fördermittel so besser einzuwerben sind. Es wurde auch schon Interesse von Trägern signalisiert. Auch ist dies organisatorisch und personell durch die Verwaltung nicht mehr zu bewältigen.

Klausur zum Thema „Jugenddelinquenz“

Herr Schweers informiert, dass das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung der Universität Potsdam vor der Sommerpause keine Termine mehr frei hat.

Frau Braun, die derzeit als Praktikanten im Jugendamt tätig ist und sich während ihres Studiums intensiv mit der Studie auseinandergesetzt hat, hat sich bereit erklärt, die Vorstellung der Studie im Rahmen der Klausurtagung des Jugendhilfeausschusses zu übernehmen.

Terminvorschlag wäre der 20.06.2008 oder 13.06.2008.

Herr Wernick.-Otto hält dies für möglich, bittet aber im Vorfeld der Klausur um Ausreichung des Materials.

Frau Eiserbeck würde bevorzugen, wenn Prof. Sturzbecher die Studie persönlich vorstellt.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass dies dann ggf. erst kurz vor Ende der Wahlperiode möglich wäre.

Frau Schulze spricht sich für den Vorschlag von Herrn Schweers aus und regt an, Herrn Prof. Sturzbecher dann ggf. in den Jugendhilfeausschuss einzuladen.

Der Jugendhilfeausschuss verständigt sich, die Klausur am 20.06.2008; 15:00 Uhr bis 19:00 Uhr durchzuführen.

Benefizveranstaltung am 28.05.2008

Herr Schweers weist auf Bitte von Herrn Hugler auf die Benefizveranstaltung „Tolstoi für Aleksandra“ am 28.05.2008, 18:30 in der Oberlinkirche hin.

Informationen der Vorsitzenden

Frau Dr. Müller informiert, dass die Stadtverordnetenversammlung beim Beschluss zur DS 07/SVV/1137 „Beauftragung eines privaten Gutachters zur Erstellung einer integrierten Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung“ nicht dem Votum des Jugendhilfeausschusses gefolgt ist. Der Beschlusstext wird dem Protokoll zur Kenntnisnahme beigefügt.

Des weiteren informiert sie, dass der Kreisschülerrat sowie der Kreislehrerrat, wie in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses verabredet, angeschrieben und darauf hingewiesen wurden, dass jeweils ein Mitglied sowie ein Stellvertreter mit beratender Stimme in den Jugendhilfeausschuss entsandt werden kann.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse und AG´s nach § 78 SGB VIII

Unterausschuss

Herr Liebe informiert, dass sich der Unterausschuss mit der Diskussion des Jugendhilfeausschusses zum PAGA-Konzept befasst hat. Auch der abweichend vom Votum des Jugendhilfeausschusses gefasste Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sowie das Betreiberkonzept des SC Potsdam für den OFF LINE Club wurden thematisiert.

Herr Schweers ergänzt, dass auch die QEL-Kommission ein Thema im Unterausschuss war. Er macht deutlich, dass bisher immer eine Einigung bei den Kostensatzverhandlungen erzielt wurde. Er sagt zu, dass strittige Situationen unaufgefordert durch die Verwaltung im nicht öffentlichen Teil des Jugendhilfeausschusses thematisiert werden.

Frau Basekow fragt, warum dies im nicht öffentlichen Teil erfolgen soll, da vor Einrichtung der QEL-Kommission die Kostensätze im öffentlichen Teil der Sitzungen beraten wurden.

Frau Dr. Müller bittet die Verwaltung zu prüfen, ob dies zwangsläufig im nicht öffentlichen Teil beraten werden muss.

Herr Liebe macht darauf aufmerksam, dass die erbetene Zuarbeit von Herrn Harder zur Situation der Offenen Jugendarbeit in der Innenstadt bisher nicht erfolgt ist.

Herr Harder erklärt, dass diese bis zum 02.05.2008 vorgelegt wird.

AKKJ

Frau Mielke informiert, dass sich der AKKJ zu den konzeptionellen Ideen für die Jugendarbeit der Fraktion Die Andere verständigt hat. Es wurde dabei festgestellt, dass es viele Angebote schon gibt und einige Vorschläge, wie im Papier der Fraktion Die Andere unterbreitet, nicht in Frage kommen. Z. B. soll ein separierter Raucherraum in den Jugendklubs, nicht eingerichtet werden. Die Entwicklung eines Modellprojektes für gewaltbereite Jugendliche soll umgesetzt werden. Sie macht deutlich, dass viele Maßnahmen aufgrund der vorhandenen zwei Personalstellen in den Einrichtungen nicht umsetzbar sind.

Frau Dr. Müller stellt fest, dass somit die Forderung der Fraktion Die Andere erfüllt ist.

Herr Schweers erklärt, dass eine aktuelle Abfrage der Kinder- und Jugendklubs vorliegt. Diese Studie wird mit dem AKKJ ausgewertet und beraten. In einem der nächsten Jugendhilfeausschüsse sollte dies dann thematisiert werden.

Herr Wernick-Otto weist darauf hin, dass dies bei der nächsten Haushaltsplanung Berücksichtigung finden sollte.

zu 4 Verständigung zum Umgang mit dem Jugendkonzept der PAGA

Frau Dr. Müller erinnert daran, warum dieser Tagesordnungspunkt heute auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Sie weist auf die Verabredung hin, darüber nachzudenken, wie dieses Thema künftig fachlich angebunden wird. Bisher sind keine Vorschläge von Seiten der JHA-Mitglieder eingegangen.

Es gab im Unterausschuss eine Verständigung dazu, dass sich der Jugendhilfeausschuss im Oktober oder November 2008 mit den Problemlagen der jungen Menschen befasst. Dabei sollen die entsprechenden Projekten der PAGA im Mittelpunkt stehen. Dies sollte vor Ort bei einem Träger erfolgen.

Herr Wernick-Otto bittet, dann auch die fachlich zuständigen Mitarbeiter, die Teamleiter und die Außendienstmitarbeiter einzuladen.

Frau Dr. Müller regt an, hierzu konkrete Vorstellungen zu formulieren.

zu 5 Sachstandsbericht "Fluchtpunkt"

Herr Schweers gibt eine kurze Einleitung.

Frau Frehse-Sevran gibt einen Überblick über die Ist-Belegung von 2005 bis 2007. Sie erklärt, dass die Inobhutnahme im „Fluchtpunkt“ fast ausschließlich Potsdamer Kinder und Jugendliche betrifft.

Herr Wernick-Otto fragt nach der Vernetzung zu anderen Einrichtungen wie z.B. Frauenhaus und STIBB.

Er fragt außerdem, in welchen anderen Einrichtungen im Umland Potsdamer Jugendliche aufgenommen werden und wie dies genutzt wird.

Frau Frehse-Sevran erklärt, dass dies immer vom Einzelfall abhängt. Wenn bereits vorher Hilfen gewährt wurden, erfolgt immer eine Vernetzung.

Herr Schweers erklärt, dass die Potsdamer Kinder und Jugendlichen in der Regel von sich aus nicht die Einrichtungen in Berlin oder Potsdam-Mittelmark aufsuchen, sondern den „Fluchtpunkt“ in Potsdam.

Frau Knoblich spricht die Überforderung der Eltern an, die als meistgenannter Grund für eine Aufnahme im „Fluchtpunkt“ aufgezeigt wurde. Sie fragt, wie diese beurteilt wird und wie objektiv diese Position ist.

Frau Frehse-Sevran macht deutlich, dass eine 100 %ige Garantie für eine Richtigkeit der Aussage nicht gegeben ist. Sie erklärt, dass an den Aufnahmegesprächen sowohl die Kinder als auch die Eltern teilnehmen und die Situation schildern. Daraufhin erfolgt die Einschätzung.

Frau Schulze fragt, welche Unterbringungsmöglichkeiten genutzt werden, wenn alle Betten im „Fluchtpunkt“ belegt sind und weitere Kinder „vor der Tür“ stehen.

Frau Frehse-Sevran erklärt, dass dann eine Unterbringung in Potsdam-Mittelmark erfolgt.

Herr Schweers ergänzt, dass dann auch in einem der Kinderheime in der Stadt eine Unterbringung möglich ist, die auch genutzt wird.

Herr Liebe weist auf die Steigerung bei der Zahl der Anzeichen auf körperliche Gewalt, Integrationsprobleme sowie Vernachlässigung hin und fragt worauf diese beruht.

Frau Frehse-Sevran kann aufgrund der Kürze der Bemessungszeit dazu noch keine Aussagen treffen. Ein Trend ist erst nach mehreren Jahren zu erkennen. Außerdem schwanken die Zahlen und Probleme von Jahr zu Jahr sehr. Diese Erfahrungen machen auch andere Kriseneinrichtungen.

Herr Wernick-Otto fragt nach der Vereinbarung zur Krisenintervention mit dem Kinderheim „Eva Laube“.

Herr Schweers erklärt, dass es diese noch gibt.

Frau Köhler ergänzt, dass dies ein anderer Ansatz ist.

Herr Liebe fragt, inwieweit Alkohol- und Drogenprobleme bei den Eltern eine Rolle spielen.

Frau Frehse-Sevran erklärt, dass dies kein offensichtliches Problem darstellt.

Frau Dr. Müller dankt Frau Frehse-Sevran für die Informationen und schlägt vor, dies in ca. einem Jahr erneut zu thematisieren.

**zu 6 Konzept zur aufsuchenden Sozialarbeit
Vorlage: 08/SVV/0323**

Frau Knoblich bringt den Antrag ein und begründet diesen. Sie macht deutlich, dass es hierbei nicht um Jugendsozialarbeit geht.

Frau E. Müller informiert, dass sich der Ausschuss für Gesundheit und Soziales noch nicht mit dem Antrag befasst hat. Sie macht deutlich, dass die Verwaltung dem vorliegenden Antrag positiv gegenüber steht. Die Landeshauptstadt Potsdam sollte sich dieser Problematik stellen.

Frau Schulze regt an, erst das Konzept abzuwarten, bevor hier Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Frau E. Müller erklärt, dass die notwendigen Mittel eingestellt werden müssen. Bis zur Haushaltsdiskussion 2009 wird das Konzept vorliegen. Die Mittel sollten auf der Basis des Konzeptes eingestellt werden, da dies mit den vorhandenen Mitteln nicht realisierbar ist.

Herr Liebe fragt die antragstellende Fraktion bezüglich der Altersbegrenzung der Zielgruppe.

Frau Knoblich erklärt, dass es hier nicht um eine altersbegrenzte Zielgruppe geht. Dies ist bewusst offen gelassen.

Frau Drohla schlägt vor, einen Termin für die Vorlage des Konzeptes in den Beschlusstext aufzunehmen.

Frau E. Müller schlägt vor, als Termin für die Vorlage des Konzeptes, die erste Arbeitssitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung in den Beschlusstext einzusetzen.

Frau Knoblich nimmt dies in den Antragstext auf.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur aufsuchenden Sozialarbeit im öffentlichen Raum für Menschen mit multiplen Problemlagen **bis zur ersten Arbeitssitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung** vorzulegen.

Die zur Umsetzung notwendigen Mittel sind im Haushalt 2009 zusätzlich vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 1

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

**zu 7 Beschulung in der Grundschule 2 "Ludwig Renn"
Vorlage: 08/SVV/0324**

Frau Knoblich bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Ewers macht deutlich, dass es in diesem Ortsteil einen Einwohnerzuwachs gab. Daher wurde 1995 und 1996 ein weiterer Schulteil errichtet. Aufgrund der hohen Anmeldezahl für das kommende Schuljahr muss die Zügigkeit der Schule auf drei Züge erhöht werden.

Der Bedarf wird durch die Verwaltung gesehen. Eine Lösung für das kommende Jahr kann in der Schule nach Durchführung der entsprechenden Brandschutzmaßnahmen gefunden werden.

Auch die Hortunterbringung für das kommende Schuljahr kann realisiert werden. Wenn auf Dauer eine Dreizügigkeit erforderlich ist, muss dafür eine Lösung gefunden werden.

Sie bittet um Verschiebung des Termins der Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung auf Juli 2008.

Frau Dr. Müller fragt nach der Hortsituation.

Frau Ewers erklärt, dass für das nächste Schuljahr ein Teil des Hortes mit einer Doppelnutzung im Schulhaus untergebracht werden kann.

Frau Dr. Müller fragt, ob der Mehrbedarf über die Doppelnutzung abgedeckt wird.

Frau Ewers erklärt, dass dadurch der Mehrbedarf gedeckt werden kann.

Herr Liebe macht deutlich, dass Doppelnutzung von Schule und Hort aus seiner Sicht eine schlechtere Qualität der Arbeit hervorrufen wird.

Frau Basekow spricht sich dagegen aus, dass erst im Juli berichtet wird. Sie macht deutlich, dass dann für den Träger des Hortes keine Möglichkeit besteht, dies bis zum Schulbeginn zu realisieren.

Frau Drohla informiert, dass der Bildungsausschuss die Drucksache vertagt hat, da sich erst der Ortsbeirat positionieren soll. Sie fragt, wie dieser sich positioniert hat.

Frau Ewers erklärt, dass sich der Ortsbeirat Eiche heute damit befasst. Sie macht deutlich, dass bis Mai 2008 kein Konzept erarbeitet, sondern lediglich eine Lösung gefunden werden kann.

Frau Dr. Müller macht deutlich, dass die Lösung im Sinne der Kinder, Eltern und für die Planung des Trägers schnell erfolgen muss.

Frau Schulze schlägt vor, den Prüfbericht im Mai 2008 vorzulegen und das Konzept im Juli 2008.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass dies nicht zu realisieren ist.

Frau E. Müller schlägt vor, dass ein mündlicher Bericht zur Drucksache in der Stadtverordnetenversammlung am 07.05.08 gegeben werden kann. Das Konzept kann in der Juli-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Sie weist auch darauf hin, dass zur Regelung der Maßnahmen bereits Gespräche geführt wurden.

Frau Knoblich weist darauf hin, dass der 1. Teil des Antrages auch finanzielle Auswirkungen hat.

Frau Dr. Müller bittet alle Fraktionsvertreter, das Verfahren in ihren Fraktionen so zu vertreten und das Anliegen zu transportieren. Sie schlägt vor, den Punkt 3 des Antragstextes wie folgt zu ändern: „*Der Prüfbericht wird mündlich in der StVV am 07.05.2008 gegeben, das Konzept ist bis zur StVV im Juli 2008 in schriftlicher Form vorzulegen.*“

Herr van Leeuwen fragt, ob das Konzept nur Aussagen zum genannten Standort enthalten soll.

Frau Dr. Müller bejaht dies. Sie weist darauf hin, dass der 1. Bericht zum Gesamtkonzept im September 2008 vorgelegt werden muss.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie durch bauliche Maßnahmen die räumlichen Voraussetzungen für eine künftige dreizügige Beschulung der Grundschule 2 „Ludwig Renn“ zur Gewährleistung einer wohnortnahen Versorgung mit Grundschulplätzen im Raum Eiche und Golm geschaffen werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob durch Einsatz flexibler Raummodule diese Voraussetzungen zum Beginn des Schuljahres 2008/2009 geschaffen werden können.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, wie im Falle einer dreizügigen Beschulung der Bedarf an zusätzlichen Hortplätzen gesichert werden kann. Hierbei ist die besondere Einwohnerentwicklung, d.h. die aus der regen Bautätigkeit in Eiche und Golm resultierenden weiteren Zuzüge, besonders zu würdigen.
3. **Der Prüfbericht wird mündlich in der StVV am 07.05.2008 gegeben, das Konzept ist bis zur StVV im Juli 2008 in schriftlicher Form vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 8 Förderung des Projektes "Begleitung und sozialpädagogische Unterstützung von Kindern mit familiären Gewalterfahrungen"
Vorlage: 08/SVV/0375

Beschlusstext:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Stadt Potsdam gewährt dem Autonomen Frauenzentrum e.V. Potsdam unter Haushaltsvorbehalt für die Durchführung des Projektes „Begleitung und sozialpädagogische Unterstützung von Kindern mit familiären Gewalterfahrungen“ im Zeitraum vom 01.01.2008 bis 31.12.2008 eine Zuwendung für eine Personalstelle mit einem Arbeitsvolumen von 20 Stunden pro Woche und einer Vergütung, in Anlehnung an das geltende Tarifrecht, Vergütungsgruppe 9 TvöD.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 9 Pauschale Zuwendung - Kinderschutzarbeit STIBB e.V.
Vorlage: 08/SVV/0374**

Beschlusstext:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:
Dem STIBB e.V. wird unter Haushaltsvorbehalt für die Kinderschutzarbeit eine pauschale Zuwendung für das Kalenderjahr 2008 in Höhe von 25.000,00 EUR gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 10 Sonstiges

Nächster Jugendhilfeausschuss: 29. Mai 2008; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Ausschussbetreuerin